

Frage nach Kanti-Leck bleibt

Ein Gemeindepräsident ist verurteilt, weil er der Presse Dokumente der Regierung zur Kanti-Debatte zugespielt hat. Woher er diese hatte, bleibt unklar. Ebenso das Motiv. Das sorgt diesseits des Rickens für Verwirrung und Spekulationen.

Von Pascal Büsser

Peter Göldi kann seinen Unmut nur schlecht verstecken. «Ich bin sprachlos, dass in Sachen Kantonsschule selbst mit solchen Bandagen gekämpft wird», sagt der Vizepräsident der Region Zürichsee-Linth. «Eines Amtsträgers ist das nicht würdig», findet Göldi, seines Zeichens Gemeindepräsident von Gommiswald und CVP-Kantonsrat.

Göldi meint die Aktion eines Amtskollegen im Toggenburg. Dieser hatte der «Ostschweiz am Sonntag» zwei regierungsinterne Dokumente zum Kanti-Standort-Entscheid zugespielt. Daraus ging unter anderem hervor, dass eine externe Studie von Wüest und Partner Uznach als besseren Kanti-Standort als Wattwil bezeichnete.

Die wichtigste Frage bleibt offen

Für die Weitergabe dieser Dokumente ist der Toggenburger Gemeindepräsident von der Staatsanwaltschaft St. Gallen nun zu einer unbedingten Busse von 1000 Franken und einer bedingten Geldstrafe von 30 Tagessätzen verurteilt worden, wie dasselbe Blatt berichtete (Ausgabe von gestern). Die St. Galler Regierung hatte Strafanzeige gegen Unbekannt wegen des Verdachts auf Amtsgeheimnis-Verletzung eingereicht.

In der Region wirft das Urteil Fragen auf. Was war das Motiv des Verurteilten? Denn die Enthüllung, dass es diese Studie gibt, hat eher den Vertretern des Linthgebiets Auftrieb gegeben, die für eine neue Kanti in Uznach kämpfen.

Vor allem aber: Woher hatte der Verurteilte die Dokumente? «Diese Frage



Bleibt im Gespräch: Die Kanti Wattwil gibt auch in den Sommerferien zu diskutieren.

Bild Gian Ehrenzeller/Archiv

ist politisch sicher erheblich brisanter als die Weitergabe an die Medien», meint auch Kantonsrätin Yvonne Suter aus Rapperswil-Jona. Für die Präsidentin der IG Pro Bildungsstandort Linthgebiet ist klar, dass es diesbezüglich einer Antwort bedarf.

Regierung hält sich bedeckt

Doch die Regierung, deren Mitglieder sich mehrheitlich im Urlaub befinden, hält sich bedeckt. Konkrete Fragen zum Informations-Leck werden auf Anfrage nicht beantwortet. Bildungsdirektor Stefan Kölliker (SVP) teilt per Mail mit: «Die Regierung nimmt von der Verurteilung des Gemeindepräsidenten Kenntnis. Eine Beratung der neuen Erkenntnisse und allfälliger Handlungsbedarf daraus, ist nach den Sommerferien – anlässlich einer Regierungssitzung – vorgesehen.»

Und weiter: «Die Regierung hat ein grosses Interesse, über sämtliche Ein-

zelheiten dieser Indiskretion Kenntnis zu erhalten, weshalb sie auch Strafanzeige eingereicht hat.»

SP-Kantonsrat Josef Kofler aus Uznach glaubt, dass man über das Leck in St. Gallen längst Bescheid weiss. «Für mich ist unverständlich, dass man nicht bereits jetzt offen darüber kommuniziert. So fördert man nur Mutmassungen», findet Kofler.

Der Verurteilte ein «Bauernopfer»?

Für Christian Spoerlé (SVP), Gemeindepräsident von Ebnet-Kappel, ist der jetzt Verurteilte ein «Bauernopfer». Er hält das Urteil gar für verfehlt, weil inhaltlich nichts publik geworden sei, was die Regierung nicht ohnehin zu einem späteren Zeitpunkt habe veröffentlichten wollen.

Er selber will es nicht gewesen sein. Karl Brändle (Bütschwil-Ganterschwil), der im Kantonsrat mit verschiedenen Vorstössen zum Thema

aktiv war, und Mathias Müller (Lichtensteig) verneinen ebenfalls. Alois Gunzenreiner (Wattwil) war für eine Stellungnahme ferienhalber nicht erreichbar. Spoerlé, der sich als Einziger inhaltlich äussert, meint, dass der Verurteilte wohl ein schnelleres Bekenntnis der Regierung zum Standort Wattwil erzwingen wollte.

Dass inhaltlich nichts ans Tageslicht kam, was man nicht ohnehin später publizieren wollte und an der Medienkonferenz im Mai auch öffentlich gemacht habe, hält auch die St. Galler Regierung fest. Damals bekräftigte sie ihre Entscheidung für den Kanti-Standort Wattwil.

Die drei genannten Kantonsräte aus See-Gaster sehen nach den jüngsten Enthüllungen und offenen Fragen zum Kanti-Standort allerdings grossen Diskussionsbedarf. Sie hoffen, im September im Kantonsrat eine Debatte dazu lancieren zu können.